

MAcHtMUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN



MAHMUT ÖZDEMİR

IHR BUNDESTAGSABGEORDNETER

Nr. 11 - Dezember 2017



■ **Grußwort des Herausgebers**

Seite 2

■ **SPD pur**

Seite 4

■ **Selbstbewusste Revitalisierung**

Seite 5

■ **SPD-Haushaltsbilanz der 18. Wahlperiode**

Seite 6

■ **Ein wertvoller Blick in die Vergangenheit**

Seite 8

■ **Ein Praktikum beim Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir**

Seite 13

■ **Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern**

Seite 14

■ **Namentliche Abstimmungen**

Seite 15

■ **Pressemitteilungen**

Seite 17

■ **Özdemir on Tour**

Seite 28

■ **Duisburg in Berlin – Bericht von unserer Fahrt**

Seite 35

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**

Mahmut Özdemir, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 73819

mahmut.oezdemir@bundestag.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de





Liebe Leserinnen und Leser,

der 24.09.2017 stellt eine Zäsur in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie dar. Mit 20,5 % hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr historisch schlechtestes Ergebnis eingefahren. Für uns SPD-Mandatsträger muss klar sein: Das war ein sehr großer Schuss vor den Bug, aus dem wir lernen müssen und werden. Relativierungen und Beschwichtigungen sind jetzt – wie sonst auch – fehl am Platz. Die SPD mit ihren zahlreichen Mitgliedern muss sich jetzt dem schmerzlichen aber unausweichlichen Aufarbeitungsprozess stellen und eine überzeugenden Antwort auf die Frage finden, warum im Jahr 2017 nur noch 20,5 % der Bundesbürger der SPD ihr politisches Vertrauen aussprechen.

Bei der Beantwortung dieser Frage ist nur eine Sache von Bedeutung: die Rückgewinnung des verloren gegangenen Vertrauens. Der kurz nach der Wahl zum Teil offen ausgetragene Kampf um Posten und Pöstchen konterkariert diese Bemühungen und erweckt den Eindruck, dass wir mit uns selbst beschäftigt sind. Mit dem Fokus auf die soziale Gerechtigkeit hat die SPD sich in diesem Wahljahr auf ihr historisches Grundsatzthema konzentriert und versucht, gewissermaßen den Gründungsmythos neu zu beschwören – und ist damit krachend gescheitert. Bedeutet

das, dass das Thema nicht mehr präsent ist? Dass es die Menschen in Deutschland nicht umtreibt – ist also alles gut, so wie die Kanzlerin uns gerne glauben lässt?

Mitnichten. Entgegen aller Erwartungen und im Widerspruch zu den vorherigen öffentlichkeitswirksamen Zuneigungsbezeugungen stand am späten Abend des 19.11.2017 fest: Die Jamaika-Sondierungen sind gescheitert. Die FPD zog sich überraschend aus den Gesprächen zurück und bringt damit eine zeitnahe Regierungsbildung ins Wanken. Der Kanzlerin ist es – trotz ihres nahezu mystischen Verhandlungsgeschicks – nicht gelungen, ihr Traumschiff sicher durch die mitunter rauen Gewässer der Karibik zu steuern. Hat die Kanzlerin bis vor wenigen Wochen der SPD auf Bundesebene noch die Regierungsfähigkeit abgesprochen, so sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schlagartig wieder Frau Merkels liebste Partner. Die Wendehalsigkeit der Kanzlerin ist mindestens ebenso legendär wie das (angebliche) Verhandlungsgeschick, allerdings bleibt schon zu bemerken, dass die Zeiträume der 180-Grad-Wenden immer kürzer werden. Es besteht geradezu Schwindelgefahr! Gerade deshalb werden wir eisern unsere Inhalte voranstellen und nicht die Sicherung der Kanzlerschaft Angela Merkels in den Vordergrund stellen.

Die unerwarteten Entwicklungen stellen uns und unsere Partei vor eine schwierige Aufgabe. Nach der deutlichen Niederlage am Abend der Bundestagswahl hat unser Parteivorsitzender die Richtung klar und folgerichtig vorgegeben: Die SPD wurde abgestraft und sollte daher neue Kraft aus der Rolle der Oppositionsführerin schöpfen und nicht erneut Steigbügelhalter für eine angeschlagene und amtsmüde Kanzlerin sein. Die ausgerufenen Marschrichtung von unserer Parteispitze trage ich deutlich mit – auch ich bin der Meinung, dass wir uns nicht weiter zum Mehrheitsbeschaffer degradieren lassen sollten und dabei zusehen zu müssen, wie unsere sozialdemokratischen Werte und Vorhaben im schwarzen Einheitsbrei versickern.

Doch an dieser Stelle muss auch ein weiteres, gewichtiges Gegenargument genannt werden: Die Lage der SPD ist desolat und unser Platz für die nächsten vier Jahre sollte eigentlich der in der Opposition sein. Aber als Volkspartei – die nach wie vor ein Fünftel der Wahlberechtigten hinter sich weiß – haben wir auch eine staats- und europapolitische Verantwortung. In einem vertieften Europa, wie wir es heute vorfinden, gehen parteipolitische Verantwortlichkeiten mitunter über Landesgrenzen hinaus. Deutschland gilt gemeinhin als Stabilitätsanker der Europäischen Union – wirtschaftlich wie



politisch. Es ist unter allen Umständen zu vermeiden, dass die unklare innenpolitische Lage zu Verunsicherung bei unseren Nachbarländern und Partnern in der EU und der Welt führt. Aber, auch das sage ich deutlich, das fahrlässige Gerede von einer „Staatskrise“ weise ich entschieden zurück: Alle Amtsgeschäfte werden, bis eine neue Regierung gebildet ist, geschäftsführend fortgesetzt. Eine Manövrierunfähigkeit ist – trotz einer überforderten Kapitänin – nicht gegeben. Ihr stehen ja noch sozialdemokratische Steuermänner zur Seite.

Und dennoch: Dieser Schwebestand sollte schnellstmöglich behoben werden. Gerade im europäischen Ausland blickt man langsam mit einem gewissen Maß an Unverständnis auf das politische Farbenspiel und fragt sich, warum Deutschland es nicht schafft, eine stabile Regierung zu bilden.

Und wie geht es nun weiter?

Ein wenig macht sich das Gefühl breit, dass, egal welchen Weg man beschreitet, die Folgen für unsere Partei kaum absehbar sind. Wir sitzen zwischen den Stühlen einer möglichen Neuwahl, die letzten Endes nur das letztmögliche Mittel sein darf (zumal die aktuellen Umfragen erwarten lassen, dass nach einer Neuwahl die verzwickte Situation auf ein Neues entstände), und zwischen der un-

geliebten Alternative einer Neuaufgabe der großen Koalition (die anhand ihrer schlechten Wahlergebnisse ihren Namen kaum mehr verdient).

Aber abseits aller verständlichen und zweifelsohne wichtigen parteipolitischen Erwägungen ist festzustellen, dass uns knapp 20,5 % der Wahlberechtigten gewählt haben, weil sie erwarten, dass wir sozialdemokratische Inhalte durchsetzen und weil sie auf uns als verlässlichen Partner vertrauen. Der SPD muss niemand Nachhilfeunterricht in Sachen Verantwortungsbewusstsein geben. Wir haben und werden uns nie vor der Verantwortung für unser Land drücken. Die Vergangenheit hat das gezeigt.

Daher muss in diesen Tagen aber auch weiterhin der Ausspruch von Willy Brandt gelten: Erst das Land, dann die Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Frage nach sozialer Gerechtigkeit – unserem Kernthema – ist selbstverständlich von Relevanz – und wird es auch immer sein. Denn allein die zu erwartenden tiefgreifenden Veränderungen durch die Digitalisierung unserer Arbeitswelt wird die Politik vor ungeahnte Fragen stellen. Wie werden wir im Alter ein gesichertes und würdiges Auskommen haben – gerade nach mitunter Jahrzehnten der harten Arbeit? Und: Wie können wir in

Zukunft sicher in unserer Heimat leben und dabei das uns Gewohnte und Liebgewonnene bewahren? All das sind Fragen, die uns alle umtreiben. Sie zu umschiffen und aus Bequemlichkeit oder aus Angst vor unangenehmen Antworten nicht zu stellen, wird uns und unser Land nicht weiterbringen. Wir dürfen nicht anderen Parteien die Diskussionshoheit über solch wichtige gesamtgesellschaftliche Weichenstellungen überlassen. Wenn die SPD wieder eine echte Wertepartei werden will, dann müssen wir wieder klare Kante zeigen, Probleme in der Sprache der Menschen schonungslos ansprechen und gute Antworten auf diese Fragen finden.

Und diese guten Antworten werden wir finden – sei es nun in der Opposition, als passiver Teil einer geduldeten Minderheitsregierung oder als Partner in einer schwarz-roten Koalition.

Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass die SPD die Partei ist, die soziale Sicherheit mit innerer Sicherheit und mit wirtschaftlicher Stärke zu einer nachhaltigen Politik vereinen kann, die einerseits die Menschen motiviert, ihr Glück zu schmieden – ihnen aber dann andererseits auch hilft, wenn sie dafür nicht das passende Werkzeug haben.

Und jetzt heißt es: Rücken gerade machen, Ärmel hochkrempeln und gute Arbeit für Land



und Leute leisten. Unsere Partei gibt es schon seit über 150 Jahren und wir sind nicht so alt geworden, weil wir uns in schweren Zeiten weggeduckt oder uns unsere Positionen haben madig machen lassen. Wir sind die älteste Partei im Deutschen Bundestag, weil wir verantwortungsbewusste Demokratinnen und Demokraten sind, die für ihre Überzeugungen eintreten, aber auch die Größe besitzen, an den Stellen, an denen es nötig ist, ei-

nen Schritt auf andere zuzugehen und einen guten Kompromiss zu finden.

Uns, die es mit der SPD gut meinen und sich für ihre Ideale und Vorstellungen einsetzen, muss eines klar sein: Dass die SPD eine lange und altherwürdige Tradition hat, ist kein Garant dafür, dass die SPD bis in alle Ewigkeit eine starke Stimme im politischen Diskurs Deutschlands einnehmen wird. Neben

der Tradition muss auch die Vision Teil unsere parteipolitischen DNA werden und für die Bürger muss deutlich werden: Die SPD kann Zukunft! Und eins ist klar: Am Ende entscheidet die gesamte Partei, wo es hinget.

Herzlichst



Mahmut Özdemir, MdB

SPD pur

Bericht von Mahmut Özdemir, MdB vom SPD-Bundesparteitag 2017 in Berlin



V.v.n.l.: Bärbel Bas, MdB, Mahmut Özdemir, MdB, Frank Börner, MdL, Ralf Jäger, MdL und Sarah Philipp, MdL (Foto: privat)

Auf dem Bundesparteitag vom 07. bis 09. Dezember 2017 ist Martin Schulz mit 81,9 % der Stimmen erneut zum SPD-Parteichef gewählt worden. Das Er-

gebnis zeigt, dass die Basis der aktuellen Situation und einem möglichen Eintritt in eine Große Koalition skeptisch gegenübersteht. Es zeigt aber mehrheitlich

auch, dass der Großteil der Delegierten der Parteispitze den Auftrag gegeben hat, endlich zur Tat zu schreiten und eine verantwortungsbewusste Lösung – wie auch immer diese aussehen mag – zu erarbeiten.

Mit Überzeugung hat Martin Schulz in seiner Rede angesprochen, was uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf der Seele brennt: Wie geht es vorwärts mit der SPD?

Seine Meinung ist klar: Die Partei muss sich neu ausrichten, um zu alter Stärke und Glaubhaftigkeit zurückzukehren. Es ist unbestritten, dass uns noch ein langer und steiniger Weg bevorsteht. Vier verlorene Wahlen in-



folge sind nicht einfach wettzumachen. Was wir aber daraus lernen und mitnehmen können, ist eine ganze Menge: Es nützt herzlich wenig, über die Geschehnisse in der Vergangenheit zu trauern und rückwärtsgewandte Kämpfe auszufechten. Was jetzt und in Zukunft zählt, ist eine zukunftsorientierte Debatte mit sozialdemokratischen Inhalten, ein Angehen aktueller Probleme und Bedürfnisse der

Bürgerinnen und Bürger. Und einzig diese Inhalte sollten Leitmotiv und ausschlaggebend für mögliche Regierungsverhandlungen mit der Union sein. Wir haben auf unserem Parteitag klare rote Linien verfasst, die aus sozialdemokratischer Sicht bei einer Regierungsbeteiligung unverhandelbar sind. Hierzu zählt insbesondere die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.

Um zu erreichen, dass diese Parteilinie auch von allen Genossinnen und Genossen geteilt und mitgetragen wird, müssen die Parteispitze und die Partebasis wieder näher zusammenrücken und sich inhaltlich enger abstimmen. Denn nur so können wir langfristig zu alter Stärke zurückfinden. Dieser Parteitag war kein Neuanfang, aber wir sind unserem Ziel einen guten Schritt näher gekommen.

Selbstbewusste Revitalisierung

Gastbeitrag von Carsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion



Carsten Schneider, MdB (Foto: Marco Urban)

Der 24. September war eine Zeitenwende. Union und SPD bekamen jeweils ihre schlechtesten Ergebnisse der Nachkriegszeit. Die nationalistische AfD betrat die Bundestagsbühne. Und

erstmalig suchte ein Vierparteien-Bündnis verzweifelt nach Gemeinsamkeiten, bis eine wild taktierende FDP die Gespräche platzen ließ. So viel Unklarheit und Bewegung war selten.

Damit sind für die Regierungsbildung nur drei denkbare Optionen übriggeblieben: die Große Koalition, eine unionsgeführte Minderheitsregierung – oder Neuwahlen. Die SPD wird in ergebnisoffenen Gesprächen ausloten, ob und in welcher Weise eine erneute Zusammenarbeit mit der Union möglich ist. Unser Maßstab ist die Frage, wie der soziale Zusammenhalt in unserem Land verbessert werden kann und sich die anstehenden Zukunftsaufgaben am besten bewältigen lassen. Dazu zählen ein sozialeres Europa, gerechte

Bildungschancen und die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen.

Unabhängig davon, wie die Regierungsbildung verläuft, muss sich die SPD neu aufstellen. Bis die SPD ihr Ergebnis von 20,5 % verarbeitet hat, wird es dauern. Hinter uns liegt ein Jahr voller Hoffnung und umso größerer Enttäuschung. Mit Martin Schulz an der Spitze haben wir einen ebenso geschlossenen wie engagierten Wahlkampf geführt. Doch wir haben es nicht geschafft, unsere Erfolge herauszustellen und überzeugend zu vermitteln, wohin wir das Land künftig führen wollen.

Das vorläufige Zieldatum ist der Bundesparteitag 2018. Bis dahin sollte die SPD über eine



klare Strategie und abgestimmte programmatische Positionen verfügen, um von dort aus zunächst die Europawahl 2019 in den Blick zu nehmen. Welche inhaltlichen Klärungen sind notwendig? Wie erneuern wir unsere Arbeitsstrukturen? Wo müssen wir frecher, radikaler, überzeugender werden? Diese Fragen stehen nun auf der Tagesordnung.

Deshalb hat Andrea Nahles in der Fraktion einen umfassenden Diskussionsprozess über unsere zukünftige Ausrichtung angestoßen. Parallel läuft das von Martin Schulz initiierte Projekt #SPDerneuern mit zahlreichen Dialogveranstaltungen der Par-

teibasis. Die „Regionalkonferenzen“ haben gezeigt: Die Mitglieder sind so diskussionsfreudig und aktiv wie seit vielen Jahren nicht. Tausende sind neu in die Partei eingetreten. Das macht Mut.

Selbstkritik bedeutet aber nicht, in Sack und Asche zu gehen. Die SPD hat allen Grund zur selbstbewussten Revitalisierung. Wir haben vier Jahre professionell regiert und Deutschland moderner und sozialer gemacht. Unser Wahlprogramm war gut; zu vielen Themen haben wir die richtigen Positionen. Darauf können wir aufbauen. Mit einer aufrechten Haltung und einem beweglichen Geist.

Ich bin sicher, dass die SPD dann sehr schnell wieder mehr Zustimmung erhalten kann. Wie groß unser Potenzial ist, haben gerade die niedersächsische SPD und der „einfache, biertrinkende Jurist“ (Stephan Weil über Stephan Weil) gezeigt. Trotz widriger Bedingungen haben sie die Bürgerinnen und Bürger überzeugt, dass Sozialdemokraten den vermeintlich widerstrebenden Erwartungen an Vielfalt und Sicherheit, Modernität und Heimat gerecht werden können. Das ist ein Lichtblick, ein Anfang.

SPD-Haushaltsbilanz der 18. Wahlperiode

Gastbeitrag von Johannes Kahrs, Haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Aus Sicht der Haushaltspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion war die zurückliegende Wahlperiode geprägt von einer außerordentlich erfolgreichen Arbeit. Die Bilanz der letzten Legislatur kann sich wirklich sehen lassen. Neue Schulden in dieser Wahlperiode? Null!

Mussten wir im ersten Haushalt noch den Haushaltsvollzug abwarten, um zu wissen, dass wir ohne Schulden auskommen, konnten wir mit dem Bundes-

haushalt 2017 den dritten Haushaltsentwurf in Folge ohne Nettokreditaufnahme beschließen. Dies ist vor allem deswegen ein großer Erfolg, weil wir die zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrags trotzdem umgesetzt haben: mehr Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen. Wir sind sogar weit über die ursprünglich geplanten Vorhaben mit einem Volumen von 23 Milliarden Euro hinausgegangen, etwa mit dem Ende 2014 beschlossenen zusätzlichen 10-



Johannes Kahrs, MdB (Foto: Susie Knoll)



Milliarden-Investitionsprogramm oder dem kommunalen Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen mit über 7 Milliarden Euro. Das sind wichtige Erfolge, für die sich die SPD stark gemacht hat.

Zu Beginn der Legislatur nicht vorhersehbar waren die großen Herausforderungen im Zusammenhang mit den vielen Flüchtlingen, die in unserem Land Schutz suchten. Hier haben wir entschlossen reagiert, indem wir einerseits unsere Aufgaben als Bund wahrgenommen haben (z.B. mehr Sprach- und Integrationskurse, mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei den Sicherheitsbehörden sowie sehr viel mehr Geld für humanitäre Hilfe und die Bekämpfung von Fluchtursachen); andererseits haben wir Länder und Kommunen mit Milliardenbeträgen bei ihren Aufgaben entlastet. Dank der guten Wirtschaftslage auch das alles ohne neue Schulden.

Besonders bei den Herausforderungen, die die Flüchtlingskrise an uns gestellt hat, haben wir bewiesen, wie handlungsfähig der Staat ist. Innerhalb kür-

zester Zeit haben wir auf die geänderten Sicherheitslagen und die Ängste in der Bevölkerung reagiert und einen massiven Aufwuchs bei den deutschen Sicherheitsbehörden ins Werk gesetzt.

Davon profitiert am stärksten die Bundespolizei, die einen Stellenaufwuchs bis zum Jahr 2020 von 7.000 neuen Stellen erfahren wird. Aber auch das Bundeskriminalamt wurde von uns mit über 1.000 neuen Stellen in die Lage versetzt, auf die neuen und gewachsenen Herausforderungen zu reagieren. Des Weiteren haben wir ein Programm zur Modernisierung von Bundespolizei-Liegenschaften, die Ausfinanzierung von drei Einsatzschiffen sowie die Neubeschaffung bzw. Umrüstung von drei Transporthubschraubern durchgesetzt.

Im vierten Jahr der Großen Koalition mussten wir zusätzlich zu den Haushalten noch über das umfangreichste Paket an Grundgesetzänderungen und Gesetzesänderungen in dieser Legislaturperiode entscheiden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen lässt sich verkürzt so zu-

sammenfassen: Der Bund übernimmt künftig eine deutlich stärkere Rolle beim Ausgleich der Finanzkraft zwischen den Bundesländern. Um dieser gestiegenen Verantwortung besser gerecht werden zu können, erhält der Bund in einigen Feldern zusätzliche Steuerungsrechte. Neben Finanzfragen stand politisch vor allem das Vorhaben im Fokus, mit der Gründung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes Bau, Planung und Verwaltung der Autobahnen und weiterer Bundesstraßen neu zu organisieren. Die ursprünglichen Pläne von CDU-Finanzminister Schäuble und CSU-Verkehrsminister Dobrindt sahen weitreichende Möglichkeiten vor, damit sich Banken, Versicherungskonzerne und andere institutionelle Investoren umfangreich an den Autobahnen in Deutschland beteiligen können. Auf unseren Druck wurden diese Ursprungspläne bereits im Gesetzentwurf der Bundesregierung entscheidend entschärft.

Der Haushalt der großen Koalition in der Wahlperiode 2013-17 trägt eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift, die sich sehen lassen kann.



Ein wertvoller Blick in die Vergangenheit

Wir haben es nach 16 Jahren Helmut Kohl geschafft und wir können es auch wieder schaffen: Eine sozialdemokratische Mehrheit im Deutschen Bundestag! Ein Blick in die Oktoberausgabe des vorwärts-Verlags zum Wahlsieg der Sozialdemokratie im Jahre 1998

zeigt, was in der nahen Zukunft unser Ziel sein muss. Ein einfaches „Weiter-so“ darf es nicht geben. Intensiv müssen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in den inhaltlichen Austausch treten, um verloren gegangenes Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückzuge-

winnen. Die Ära-Merkel, so lehrt es die Geschichte, muss zum Wohle Deutschlands nach spätestens 16 Jahren beendet werden! Wir kämpfen für eine Zukunft in Wohlstand und Sicherheit mit gesellschaftlichem Zusammenhalt.



Quelle: vorwärts, Oktober 1998, S. 1, 5-6, 10, 12. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des vorwärts-Verlags. Reproduktion: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Und nun regieren.

Von Franz Müntefering



Die Ära Kohl ist zu Ende. Deutschland bekommt einen neuen Bundeskanzler: Gerhard Schröder. Der SPD ist es zum ersten Mal gelungen, aus der Opposition heraus eine Bundesregierung abzulösen. Der mehrheitliche Wunsch nach einem politischen Wechsel und einem neuen Bundeskanzler hat sich eindrucksvoll durchgesetzt. Wir haben ein überragendes Ergebnis erzielt, es ist das beste der letzten 15 Jahre. Die CDU/CSU muß das schlechteste Ergebnis seit 1949 hinnehmen.

Der Wahlkampf war lang und hart. Besonders die letzten sechs Wochen haben viel Kraft gekostet. Ich danke allen, die Zeit und Energie für den Wahlsieg eingebracht haben. Es hat sich gelohnt.

Gleichwohl wird die Zeit des Wahlkampfes schnell vergessen sein. Deshalb ein Blick zurück: Am 27. September 1997 haben wir in Bonn die Wahlkampfzentrale - Kampa - eingeweiht. Ich erinnere mich noch gut an die Zweifler, die einen Wahlsieg der SPD für unmöglich hielten und die Kampagne als Fehlinvestition bezeichneten. Sie wurden eines besseren belehrt. Möglich war dies nur, weil die Partei bereits zu diesem Zeitpunkt bereit war, für den Wechsel zu kämpfen. Spätestens nach dem Parteitag im Dezember letzten Jahres in Hannover wurde auch den Skeptikern klar: „Die wollen es wirklich wissen.“

Mit der „Offensive 98“ haben wir es geschafft, in den meisten „wackeligen“ Wahlkreisen die Direktmandate zu verteidigen oder hinzuzugewinnen. Noch

nie hat die SPD bei einer Bundestagswahl so viele Direktmandate erworben. Die SPD-Abgeordneten, die dem neuen Bundestag angehören werden, sind im Durchschnitt erheblich jünger als in der vergangenen Legislaturperiode. Das Ziel der „U 40“-Kampagne wurde erreicht: mehr als 30 SPD-Abgeordnete unter 40 Jahren. Auch in den neuen Bundesländern haben wir unseren Stimmenanteil weit ausbauen können.

Mit der Nominierung Gerhard Schröders im März bekam die Kampagne den entscheidenden Schub. Gerhard Schröder oder Helmut Kohl - das war die Alternative. Die Antwort wurde eindeutig. Auch, weil auf unserer Seite der Zusammenhalt von Oskar Lafontaine stabil organisiert wurde. Der Streit innerhalb der Koalition tat sein übriges dazu.

Und jetzt: Regieren. Die uns vertrauen, müssen erfahren, daß die Wahl sich gelohnt hat, daß eine bessere Politik gemacht wird. Wir sind zügig, aber ohne Hektik in die Koalitionsverhandlungen gestartet. Da wird es auch Reibungsflächen geben und schon wegen der finanziellen Ausgangslage wird sich nicht jeder Wunsch erfüllen lassen. Aber es geht in die richtige Richtung. Politik in Deutschland hat wieder eine Maxime: Innovation und Gerechtigkeit.

Mit der komfortablen Mehrheit von 21 Abgeordneten im Bundestag ist eine rot-grüne Koalition belastbar und handlungsfähig. Das alles sind sehr gute Startbedingungen für eine neue, bessere Politik. Nach wie vor gilt: Wir sind bereit.

Stichwort: Regelbeförderung

Die Bürger haben die Koalition aus CDU/CSU und F.D.P. ausgewählt. Doch dies zeigt wenig Wirkung auf die Noch-Regierenden. Bis zur Neuwahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler formal im Amt, zeigt sich die bisherige Regierung plötzlich handlungsfähig: Man versorgt auf die Schnelle die Getreuen durch Beförderung. „Regelbeförderung“ nennt dies Otto Hauser, der für sein viermonatiges Intermezzo als Regierungssprecher, mit mehreren hunderttausend Mark abgefunden wird. Gleich 70mal beschlossen die Abgewählten eine solche „Regelbeförderung“. Schön für die Beschenkten, schlecht für den Steuerzahler. Es geht auch anders: Beim seinem Abgang 1982 hatte Helmut Schmidt sämtliche Beförderungen stoppen lassen.



Klasse Team: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KAMPA vor der Wahlkampfzentrale. Eine große Uhr an der Hausfassade zählte die Stunden bis zum Wahlsieg: Exakt um 18 Uhr am Wahlsonntag war sie abgelaufen, der Job der KAMPA getan. Dort, wo in den vergangenen Wochen und Monaten professionelle Betriebsamkeit herrschte, kehrt nun Ruhe ein. Das KAMPA-Gebäude an der Bonner Friedrich-Ebert-Allee wird in den nächsten Wochen abgerissen. Es wird das einzige Mal sein, daß eine Birne der SPD-Wahlkampf-Zentrale gefährlich wird.

Nach der Wahl: Neuer Schwung für die Mitgliederwerbung

Aufbruch ins nächste Jahrtausend!

Sie können es mitgestalten. Mit uns.

Mischen Sie sich ein. Werden Sie jetzt Mitglied.

SPD Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Hotline: 040/280 848 25

Fax: 040/280 848 18

e-mail: info@spd-hamburg.de

SPD

Der Politikwechsel ist gelungen. Die SPD hat einen fulminanten Wahlsieg errungen. Die Hamburger Sozialdemokraten nutzen den neuen Schwung, um in Anzeigen Mitglieder zu werben. Eine nachahmenswerte Aktion. Selten ist es wohl leichter gefallen als heute, Menschen von einer Mitgliedschaft in der SPD zu überzeugen.



Klarer Wählerauftrag

Interview mit Gerhard Schröder über die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen und die Eckpunkte seiner Politik.

Die SPD hat einen fulminanten Wahlsieg errungen. Rot-Grün verfügt zusammen über eine solide Mehrheit. Im Bundesrat sind die Mehrheitsverhältnisse so günstig, daß sich nach der langen Zeit des politischen Stillstands nun Gestaltungsräume auftun, wie sie kaum eine Regierung zuvor vorgefunden hat. Schreckt Sie die Erwartung, die in dieser Erkenntnis liegt?

Wir müssen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich angehen. Der Weg einer erfolgreichen Politik für mehr Beschäftigung und mehr sozialen Ausgleich ist zwar nicht einfach, aber er kann gelingen, wenn die Gewerkschaften und die Unternehmer, wenn alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen mitziehen.

Wäre es nicht besser, solche Aufgaben mit einer großen Koalition anzugehen?
Das Wahlergebnis ist sehr klar. 21 Stimmen Mehrheit für Rot-Grün ist ein klarer

Wählerauftrag. Die Wählerinnen und Wähler wollen eine rot-grüne Koalition. Sie muß und wird sich jetzt beweisen.

Sie haben nun schon mehrere Verhandlungsrunden mit den Grünen hinter sich. Was ist Ihr Eindruck? Kommen Sie in den Fragen Atomausstieg, Benzinpreiserhöhung, Auslandseinsätze, Transrapid auf einen Nenner?

Sicher werden wir das eine oder andere noch sehr intensiv beraten, um dann zu verbindlichen und belastbaren Vereinbarungen zu kommen. Die werden auf dem Parteitag der SPD vorgestellt. Was wir jetzt gemeinsam mit den Grünen als Koalitionsvereinbarung aushandeln, muß für vier Jahre Bestand haben.

Werden da nicht zu hohe Erwartungen geweckt? Die politische Praxis läßt sich nicht mit Papieren beschreiben.

Wir brauchen natürlich auch das notwendige Vertrauen. Die Gespräche haben in konstruktiver Stimmung begonnen. Sachliche und in der Sache konsequente Verhandlungen führen zu belastbaren Ergebnissen, also zu einer Stärkung der Regierungskoalition.

Was ist dabei für Sie die Maxime?

Ich stehe für eine Politik, die wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Sie haben den Erfolg Ihrer Kanzlerschaft mit dem meßbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit verknüpft. Wo liegt denn da die Meßlatte?

Am Erfolg im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit werden wir uns messen lassen.

Wenn man die Arbeitgeberfunktionäre Stihl und Hundt hört, dann gibt es jetzt schon Störfeuer. Hundt will erst an den Verhandlungstisch kommen, wenn Sie zusagen, die Kürzungen der alten Regierungskoalition nicht zurückzunehmen.

Ein erfolgreiches Bündnis für Arbeit setzt voraus, daß die Beteiligten offen in den Diskussionsprozeß gehen, um alle Möglichkeiten der Kooperation auszuloten. Das erwarten die Menschen. Sie haben im übrigen kein Verständnis für taktische Spielchen.

Ohne die aktive Unterstützung der Arbeitgeber ist solch ein Bündnis doch kaum vorstellbar?

Ich bin sicher: Keiner wird sich diesem Bündnis verweigern. Dazu ist der Handlungsdruck inzwischen zu groß. Einige



„Keiner wird sich dem Bündnis für Arbeit verweigern“ - Gerhard Schröder

Arbeitgebervertreter haben das schon richtig erkannt.

Sie haben den Ostdeutschen versprochen, den Aufbau Ost zur Chefsache zu machen. Wie wollen Sie dieses Versprechen konkret umsetzen?

Ich werde viel in den neuen Bundesländern unterwegs sein. Mit den jeweiligen Landesregierungen werden wir engen Gesprächskontakt halten. Und wenn es dann vor Ort bei einem Projekt haken sollte, dann wird der Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht den Weg dorthin scheuen, wenn er helfen kann.

Mit Ihrem Amtsantritt am 27. Oktober, genau einen Monat nach der so erfolgreichen Bundestagswahl, geht endgültig die Ära Kohl zu Ende. Was verbinden Sie mit Ihrem Amtsvorgänger?

Da ist der Respekt vor den historischen Leistungen des Staatsmannes Kohl. Seine Verdienste um die Deutsche Einheit und den europäischen Einigungsprozeß erkenne ich ausdrücklich an. Nach der staatlichen Einheit muß aber nun die innere Einheit folgen. Dahin ist es noch ein weiter Weg.

Interview Thomas Böwer/Frank Supplé

Von Gerhard Rosenfeld sind bei THOROFON erschienen:

KNIEFALL IN WARSCHAU

Das Libretto von Philipp Kochheim stellt die wichtigsten Lebensdaten Willy Brandts in den Mittelpunkt der Oper. Mitschnitt der Dortmunder Inszenierung von John Dew. Doppel-CD mit ausführlichem Textbuch (deutsch/englisch/französisch) THOROFON DCTH 2391/2

MUSIK FÜR WILLY BRANDT

Diese CD enthält neben der Einweihungsmusik für das Willy-Brandt-Haus das „Violinkonzert Nr. 2“ und das „Friedensgloria“ für Sopran, Chor und Orchester. THOROFON CTH 2344

REQUIEM FÜR KAZA KATÄRINNA

Dem Andenken und zur Ehre aller verfolgten Zigeuner. Text von Anita Geiggas, Musik von Gerhard Rosenfeld. Mitschnitt eines Konzertes in der Neustädter Hof- und Stadtkirche Hannover. Doppel-CD mit ausführlichem Textbuch (deutsch/englisch/französisch) THOROFON DCTH 2271/2

Die CDs sind zu erhalten im Fachhandel oder im Versand bei CDD CompactDiscDirect Eichhornweg 11, 30900 Wedemark fon: 05130 - 79360 fax: 05130 - 79829



MUSIK FÜR WILLY BRANDT



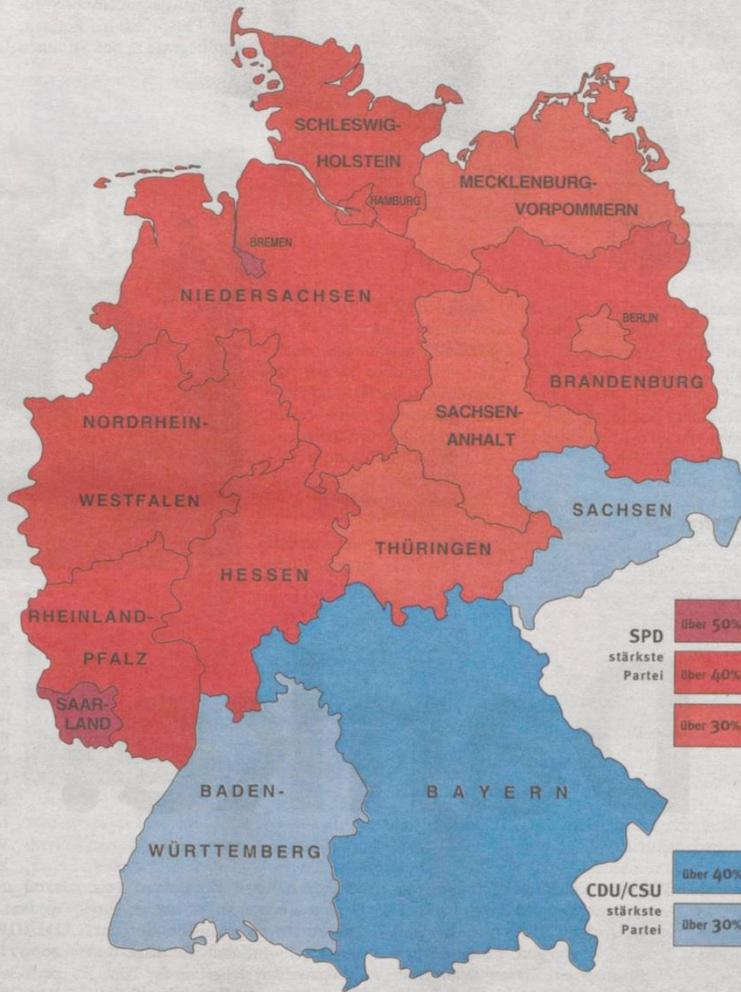
Die Republik wird rot

Mit ihrem Wahlerfolg am 27. September hat die SPD einen historischen Sieg errungen: Noch nie war ihr Vorsprung vor der CDU/CSU im Bundestag so groß wie jetzt. Eine Analyse des SPD-Wahlsieges.

Lars Haferkamp
Ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und Union sagten die meisten

Demoskopen kurz vor dem Wahltag voraus. Was dann kam, war ein Erdbeben der Sozialdemokratie, wie es ihn in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. 40,9 Prozent holte die SPD und gewann damit 4,5 Prozentpunkte hinzu, so viel, wie noch bei keiner Bundestagswahl zuvor. Die CDU/CSU stürzte ab auf 35,2 Prozent und verlor 6,3 Prozent. Damit erreichte sie ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 und erlitt den größten Stimmenverlust, den jemals eine Partei bei einer Bundestagswahl zu verzeichnen hatte. Zum zweiten Mal seit der Wahl 1972 ist die SPD nun stärkste Partei im Bundestag. Doch während sie damals nur um 0,9 Prozent knapp vor der Union lag, führt sie nun mit einem Vorsprung von 5,7 Prozentpunkten. Ein historischer Sieg der SPD über die Unionsparteien.

Wie sehr sich die Gewichte zwischen den großen Parteien verschoben haben, zeigt ein Blick auf die Direktmandate. Während die Union 1994 mit 219 direkt gewonnen Wahlkreisen mehr als doppelt so viele Mandate holte wie die SPD mit 105 Direktmandaten, kehrte sich dieses Verhältnis 1998 völlig um. Nun verfügt die SPD über 212 Direktmandate, nachdem sie der Union fast jeden zweiten Wahlkreis abnahm, die jetzt nur noch 112 Direktmandate hält. Umgekehrt konnte die CDU/CSU der SPD kein einziges Mandat abnehmen. Noch klarer ist der SPD-Vorsprung in den Wahlkreisen der neuen Länder. In Ostdeutschland holte die SPD mit 60 Sitzen drei Viertel aller Direktmandate, die CDU erlangte nur 16, die PDS vier Mandate. Der starken Stellung im Osten verdankt die SPD auch die klare 21-Sitze-Mehrheit für Rot-Grün. In den neuen Ländern errang sie 12 Über-



In 13 von 16 Bundesländern wurde die SPD stärkste Partei bei den Zweitstimmen. Die Union verlor sogar in ihren Hochburgen: In Sachsen büßte die CDU 15,3 Prozent ein und stürzte ab auf 32,7 Prozent. In Bayern fiel die CSU klar unter die 50-Prozent-Marge.

hangmandate, im Westen nur eines in Hamburg. Die höchsten Zuwächse erzielte die SPD im Norden der Republik. Das größte Plus von 8,8 Prozent holte sie in Niedersachsen, dem Heimatland ihres Kanzlerkandidaten. Überdurchschnittliche Gewinne auch in den Nordländern Mecklenburg-Vorpommern (+6,6 Prozent), Hamburg (+6,1 Prozent) und Schles-

wig-Holstein (+5,8 Prozent). Die CDU hat die Wahl dagegen besonders klar in Ostdeutschland verloren. Den größten Verlust hatte sie in ihrer Hochburg Sachsen zu verkraften mit minus 15,3 Prozent. Es folgen Thüringen (-12,1 Prozent), Sachsen-Anhalt (-11,6 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (-9,2 Prozent). Woher kommen die neuen

SPD-Wähler? Nach Umfragen zur Wählerwanderung kamen sie vor allen Dingen aus dem Lager früherer Unionswähler und von den Nichtwählern. Infas sieht einen Gewinn der SPD bei den Unionswählern von 1,9 Prozent der Wahlberechtigten, bei den früheren Nichtwählern sogar einen Zuwachs von 2,2 Prozent. Weiter analysiert das Institut ein Plus von jeweils 0,4 Prozent für die

SPD aus dem Lager der Grünen und dem der FDP. Entscheidend für den Sieg der SPD war die erfolgreiche Mobilisierung der Stammwählerschaft und die gleichzeitige Gewinnung von Wechselwählern. So wurde die Partei laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Arbeitern mit 48 Prozent klar stärkste Partei, bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erreichte sie sogar 61 Prozent. Bei den Angestellten, dem wichtigsten Wechselwählerpotential, überrundete die SPD die Union mit 42 zu 31 Prozent. 1994 wurde die Union bei den Angestellten noch stärkste Partei. Doch wie erklärt sich der gewaltige Erdbebensieg der SPD? Eine wichtige Rolle spielte der sogenannte Schröder-Effekt. Dieser zeigt sich unter anderem daran, daß die SPD ihre größten Zuwächse in Niedersachsen und ganz Norddeutschland erreichte. Wichtig auch Schröders Vorsprung bei der Frage nach der Kanzlerpräferenz. Kurz vor der Wahl wünschten sich nur noch 39 Prozent der Wähler Helmut Kohl als Kanzler, aber 52 Prozent wollten Gerhard Schröder, so die Forschungsgruppe Wahlen. Das ist der größte Vorsprung, der jemals vor einer Bundestagswahl für einen Kanzlerkandidaten gemessen wurde. Für die klare Mehrheit der Wähler war Schröder der tatkräftigere und sympathischere Kandidat. Dieser Eindruck verfestigte sich noch nach den Fernsehauftritten von Kohl und Schröder und nach ihrem Rededuell im Bundestag. Der Koalition gelang es während des ganzen Wahlkampfes kein einziges Mal, den SPD-Kandidaten ernsthaft in Verlegenheit oder gar in die Defensive zu bringen. Deshalb erwies sich die Strategie der SPD als richtig, besonders in der Schlußphase des Wahlkampfes die Auseinandersetzung auf die Frage zuspitzen „Kohl oder Schröder“. Diese Strategie konnte nur deshalb so erfolgreich sein,



weil die Personalisierung von fast allen Medien transportiert wurde. In der Endphase des Wahlkampfes, ja sogar am Wahltag selbst, hieß es in Presse und Fernsehen: Kohl oder Schröder, darüber fällt am 27. September die Entscheidung. Ein wichtiger Vorteil der SPD gegenüber der Koalition war die inhaltliche und personelle Geschlossenheit, die der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine sicherte. Demgegenüber zeigte sich die Regierungskoalition bis in die letzten Tage vor der Wahl öffentlich zerstritten über die Wahlkampfstrategie und über die Chancen ihres Kanzlerkandidaten. Der Höhepunkt der öffentlichen Demontage des Kandidaten der Union war erreicht, als Kohl und Schäuble am selben Tag sich einander widersprechende Interviews zur Dauer einer erneuten Amtszeit Kohls gaben. In der folgenden Woche verlor die Union in allen Umfragen an Boden. Profitiert hat die SPD bei dieser Wahl sicher auch von einer Kette von Fehlern der Regierungskoalition. Während Franz Müntefering einen hochmotivierten und von den Medien als professionell und modern bewerteten SPD-Wahlkampfmanagere, mißlang der Union fast alles, was sie versuchte. Die Neuaufgabe der Rote-Socken-

Kampagne hatte keinen sichtbaren Erfolg, sondern führte zu öffentlichen Auseinandersetzungen innerhalb des Regierungslagers. Der Euro-Gipfel mißlang und beschädigte Kohls Ansehen als erfolgreicher Moderator der europäischen Politik. Der Bremer CDU-Parteitag versuchte vergeblich, die parteiinternen Zweifel am Kanzler wegzuklatzen, die Umfragewerte blieben schlecht. Zusätzlich verunsichert wurde die eigene Anhängerschaft durch den Streit um Schäubles Ökosteuer-Pläne, durch die öffentlich geführte Debatte in der Union über eine große Koalition, durch die von Kohl ins Spiel gebrachte langfristige Möglichkeit einer schwarz-grünen Zusammenarbeit und schließlich durch die Debatte über Steuererhöhungspläne der Koalition nach einem „Versprechen“ von Claudia Nolte. Eine zentrale Rolle für den Einbruch der SPD in das Wählerpotential der Union spielte die Öffnung der Sozialdemokratie zur neuen Mitte. Sie sollte zugleich die Umarmung der bürgerlichen Wähler die Angst vor einem Regierungswechsel nehmen. In diesem Zusammenhang war die klare Distanzierung Gerhard Schröders von grünen Forderungen wie einem Benzinpreis von 5 Mark wichtig. Auch Schröders Versprechen wirtschaftlicher Stabilität, in-

nerer Sicherheit und außenpolitischer Kontinuität sollte die wechselfreudigen bürgerlichen Wähler beruhigen. Personalisiert wurde die Hinwendung zur Mitte durch den Kanzlerkandidaten selbst, aber auch durch die Mitglieder seines Wahlkampfteams Jost Stollmann und Michael Naumann. Die Forschungsgruppe Wah-

Der SPD gelang ein klarer Start-Ziel-Sieg über die Unionsparteien

len bilanzierte: „Mit seiner Profilierung als Kandidat der Mitte hat Gerhard Schröder es auch einem großen Teil der bürgerlichen Wähler erleichtert, sich diesmal für die SPD und gegen eine weitere Amtszeit Helmut Kohls zu entscheiden.“ Mit ihrer Strategie der neuen Mitte verweigerte sich die SPD konsequent dem von der Koalition angestrebten Lagerwahlkampf. Dieser ging auch deshalb ins Leere, weil sein erklärtes Ziel, ein Sieg der christlich-liberalen Koalition, im Verlauf des Wahlkampfes immer un-

realistischer wurde. Der Vermeidung eines Lagerwahlkampfes diente auch das bewußte Offenhalten der Koalitionsfrage durch die SPD. Mit den beiden Optionen einer großen und einer rot-grünen Koalition gelang es der SPD, sowohl die Stammwählerschaft als auch Wechselwähler der Mitte zu mobilisieren. Sehr wichtig für den Sieg der SPD waren nicht zuletzt die politischen Themen, die für die Wähler wahlentscheidend waren. Als wichtigstes Thema nannten 85 Prozent die Massenarbeitslosigkeit. Hier zeigten die Umfragen einen klaren Kompetenzvorsprung der SPD. 42 Prozent waren der Meinung, die SPD könne am ehesten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sorgen, nur 24 Prozent trauten dies der Union zu, so die Forschungsgruppe Wahlen. An den von Kohl beschworenen Aufschwung am Arbeitsplatz wollten die Wähler nicht glauben. Die Erfolgsmeldungen des Kanzlers vom Arbeitsmarkt gerieten mitunter zur Realsatire. So prognostizierte Kohl drei Tage vor der Wahl ein Absinken der Arbeitslosenzahl im Oktober auf unter vier Millionen, ohne dafür einen Beleg zu haben. Als ihm Marion von Haaren in der ARD-Sendung „Farbe bekennen“ entgegnete, seine Prognose decke sich aber nicht mit den vorhandenen Zahlen

aus Nürnberg, konterte Kohl, die Bundesanstalt hätte zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt keine Zahlen für den Oktober. Woher er seine Zahlen habe, wollte der Kanzler nicht preisgeben. Die Moderatorin wechselte indigniert das Thema. Der von den Wählern vermutete Kompetenzvorsprung der Union in den Bereichen Wirtschaft, Kriminalitätsbekämpfung, Währungsstabilität und Außenpolitik hatte kaum Auswirkung auf die Wahlentscheidung, da diese Themen für die meisten Wähler nur eine untergeordnete Rolle spielten. Die Union scheiterte mit dem Versuch, die Ausländerfrage oder die Rußland-Krise zum Wahlkampfthema zu machen. Das Wahlergebnis vom 27. September widerlegt die von der Union lancierte These einer „Aufholjagd“ Kohls oder gar eines „Kopf-an-Kopf-Rennens“ der beiden großen Parteien. Der Vorsprung der SPD war tatsächlich zu keinem Zeitpunkt ernsthaft gefährdet. Der Wunsch nach einem Politik- und Regierungswechsel ist seit der Nominierung Gerhard Schröders zum SPD-Kanzlerkandidaten im März nicht kleiner geworden. Eine „Trendumkehr“ ist der CDU/CSU in keiner Phase des Wahlkampfes gelungen. Damit hat die SPD einen klaren Start-Ziel-Sieg über die Union errungen.

Die Spitzenreiter

SPD-Abgeordneten mit den meisten Erststimmen

Name	%	Wahlkreis
Alte Bundesländer		
1. Johannes Pflug	66,4	Duisburg II
2. Dieter Maaß	65,5	Herne/Bochum III
3. Joachim Poß	65,4	Gelsenkirchen I
4. Wolfgang Grothaus	65,3	Oberhausen
5. Rolf Hempelmann	65,3	Essen II
6. Wolfgang Weiermann	63,5	Dortmund II
7. Dieter Grasedieck	63,2	Bottrop/Recklinghausen IV
8. Norbert Formanski	63,0	Gelsenkirchen II/Recklingh. III
9. Helmut Wieczorek	61,0	Duisburg I
10. Klaus Hasenfratz	60,7	Bochum I
Neue Bundesländer		
1. Markus Meckel	54,0	Prenzlau-Angermünde-Schwedt
2. Matthias Schubert	53,1	Fürstenwalde-Strausberg-Seelow
3. Ernst Bahr	52,6	Neuruppin-Kyritz-Wittstock-Pritzsch
4. Angelika Krüger-Leißner	49,6	Oranienburg-Nauen
5. Dieter Wilhelm Danckert	48,8	Luckenwalde-Zossen-Jüterbog
6. Margrit Spielmann	48,5	Brandenburg-Rathenow-Belzig
7. Petra Bierwirth	46,0	Eberswalde-Bernau-Bad Freienw.
8. Stephan Hilsberg	45,8	Bad Liebenwerda-Finsterwalde
9. Uwe Küster	45,5	Magdeburg
10. Eberhard Brecht	45,3	Bernburg-Aschersleben-Quedlinb.

SPD-Abgeordneten mit den meisten Erststimmen in ihrem Bundesland

Land	Name	%	Wahlkreis
Alte Bundesländer			
Schleswig-Holstein	Hans Peter Bartels	54,9	Kiel
Hamburg	Rolf Niese	53,5	Hamburg-Bergedorf
	Hans-Ulrich Klose	53,5	Hamburg-Harburg
Niedersachsen	Jan-Peter Niesen	59,6	Aurich-Emden
Bremen	Konrad Kunick	58,0	Bremen-West
Nordrhein-Westfalen	Johannes Pflug	66,4	Duisburg II
Hessen	Joachim Tappe	58,2	Werra-Meißner
Rheinland-Pfalz	Hansjörg Schäfer	50,9	Kaiserslautern
Baden-Württemberg	Lothar Mark	48,8	Mannheim I
Bayern	Petra Ernstberger	49,5	Hof
Saarland	Jutta Müller	58,3	Saarbrücken II
Berlin	Jörg-Otto Spiller	49,9	Berlin-Tiergarten-Wed.
	Wolfgang Behrendt	49,9	Berlin-Spandau
Neue Bundesländer			
Mecklenburg-Vorp.	Iris Hoffmann	42,4	Wismar-Gadebusch
Brandenburg	Markus Meckel	54,0	Prenzlau-Angermünde
Sachsen-Anhalt	Uwe Küster	45,5	Magdeburg
Thüringen	Eckhard Ohl	42,8	Eisenach-Mühlhausen
Sachsen	Rainer Formahl	38,7	Leipzig I

Wahlkreise mit dem größten Zuwachs der Zweitstimmen

%	Wahlkreis
Alte Bundesländer	
+ 11,8	Hannover Land I
+ 11,3	Hannover Land II
+ 10,8	Salzgitter-Wolfenbüttel
+ 10,7	Gifhorn-Peine
+ 10,5	Braunschweig
+ 10,4	Helmecht-Wolfsburg
+ 10,4	Goslar
Neue Bundesländer	
+ 8,0	Neubrandenburg
+ 7,6	Stralsund-Rügen
+ 7,4	Rostock-Land-Ribnitz
+ 7,3	Greifswald-Wolgast
+ 6,8	Halle-Neustadt-Saalkr.
+ 6,8	Dresden II
+ 6,7	Dresden I

Quelle aller statistischen Angaben: Bundeswahlleiter



Ein Praktikum beim Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir

von Sebastian Heise, Abiturient aus Duisburg, August 2017



Sebastian Heise (r.) und Mahmut Özdemir, MdB (l.) (Foto: privat)

Auf den ersten Blick ist es ein unscheinbarer Hinterhof. Auf den zweiten erkennt man die drei großen roten Buchstaben über der Einfahrt, aber selbst dann würde man nicht vermuten, dass in diesem Hinterhof Entscheidungen getroffen werden, die großen Einfluss auf die Zukunft Duisburgs haben können.

Die Rede ist vom Duisburger Wahlkreisbüro der SPD mitten in der Innenstadt, unweit entfernt vom Rathaus, in dem ebenso wichtige Entscheidungen für die Zukunft fallen. Als ich den Hinterhof zum ersten Mal betrat, wusste ich noch nicht, was mich erwartet. Ich war dort, um mit Herrn Özdemir über mein Praktikum zu sprechen, welches zwei Wochen später beginnen sollte. Wenn man es nicht wüsste, würde man nicht

vermuten, dass sich hinter diesen Mauern die Büros von Landtags- und Bundestagsabgeordneten befinden, wird doch im Volksmund gerne behauptet, dass Politiker auf Staatskosten in überdimensionalen Büros sitzen und sich auf ihre eigene Karriere konzentrieren, wobei der Wähler für sie keine Rolle mehr spielt.

Schnell wurde mir klar, dass auch hier, wie es im Volksmund üblich ist, stark übertrieben wurde. Als ich zwei Wochen später meinen ersten Praktikumstag absolvierte, merkte ich, dass das Vorurteil vom faulen Politiker hier nicht bestätigt wird. Herr Özdemir eilt von Termin zu Termin, während ich mit seinem Team im Büro sitze und helfe, alles zu koordinieren. Zwei Mal hatte ich dann aber die Möglichkeit, Herrn Özdemir bei Außenterminen zu begleiten.

Direkt am meinem ersten Tag war ich beim Spatenstich zu mehr Barrierefreiheit im Duisburger Stadtpark in Meiderich dabei, zu dem auch Oberbürgermeister Sören Link kam. Meine Aufgabe bestand darin, Fotos zu machen und Zitate aufzuschreiben, damit man beides später für die Webseite und die Social-Media Auftritte verwenden kann. Acht Tage später war ich dann nochmals auf einem

Außentermin mit, diesmal bei der Firma Köppen in Duisburg-Meiderich. Diesmal gab es zuvor eine Präsentation über das Unternehmen und danach eine Führung durch Selbiges, mit vielen Möglichkeiten Fotos zu machen.

Abseits von diesen Außenterminen gibt es natürlich auch viel zu tun. Wie bereits oben erwähnt, dreht es sich hauptsächlich um die Koordination bzw. Organisation. Es gibt Tage, an denen das Telefon nicht stillsteht und Tage, an denen man allen hinterhertelefonieren muss. Meine Aufgaben im Büro bestehen darin, Texte zusammenzufassen, die Wahlkreiszeitung mitzugestalten, bei der Terminkoordination zu unterstützen oder auch Pressemitteilungen zu schreiben. Die Arbeitsatmosphäre ist überaus angenehm und alle sind sehr freundlich. Und wenn es am Tag mal ein wenig mehr Anrufe und Termine sind, was dazu führen kann, dass ein wenig Stress aufkommen kann, dann heißt es einen kühlen Kopf bewahren und weitermachen, was allen Beteiligten auch gut gelingt.

Als zukünftiger Student der Politikwissenschaften kann ich nur sagen, dass sich ein Einblick in die Welt der Politik absolut lohnt, um sich persönlich ein Bild von



Nr. 11 - Dezember 2017

MEINE MACHtMUT



dem Alltag eines Politikers und seines Teams zu machen. Ich bin Herrn Özdemir und seinem Team sehr dankbar für diese

Möglichkeit und wünsche ihnen für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg. Ich habe viel gelernt und erlebt und tolle Erfahrungen

gesammelt und dazu noch die Erkenntnis gewonnen, dass manche Hinterhöfe ein Tor zur Welt sein können.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir, MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

22. August 2017	Kurt Hrubesch, Leiter Theater am Marientor
22. August 2017	Turgay Mert, Vorsitzender TSV Bruckhausen 1920
04. September 2017	Arnd Krummen, Vorstand, und Sven Hüber, stellv. Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei – Bundespolizei
05. September 2017	Thomas Helf, Vorsitzender Personalrat BKA Berlin
11. September 2017	Bekir Boz, Süleyman Gürcan und Metin Kasikci Mitarbeiter/Gewerkschafter IHG Industrie-Service
19. Oktober 2017	Michael Finke, 1. Vorsitzender MTV Union Hamborn 02 e.V.



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

12.12.2017	Bundeswehreinsatz im Mittelmeer (SEA GUARDIAN) Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer - Drucksachen 19/22 und 19/176 -	Ja
12.12.2017	Bundeswehreinsatz gegen die Terrororganisation IS Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union und den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie des Beschlusses der Staats- und Regierungschefs vom Nato-Gipfel am 8./9. Juli 2016 und konkretisierenden Folgebeschlüssen des Nordatlantikrats - Drucksachen 19/23, 19/192 und 19/205 -	Ja
12.12.2017	Bundeswehreinsatz im Irak Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte - Drucksachen 19/25 und 19/178 -	Nein
12.12.2017	Bundeswehreinsatz in Afghanistan (Resolute Support) Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan - Drucksachen 19/21, 19/193 und 19/206 -	Ja



12.12.2017 Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA)

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015), 2295 (2016) und 2364 (2017) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015, 29. Juni 2016 und 29. Juni 2017

- Drucksachen 19/24 (neu) und 19/177 -

Ja

13.12.2017 Bundeswehreinsatz in Darfur (UNAMID)

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU-/VN Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolution, zuletzt 2363 (2017) vom 29. Juni 2017

- Drucksachen 19/19 und 19/174 -

Ja

13.12.2017 Bundeswehreinsatz in Südsudan (UNMISS)

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2327 (2016) vom 16. Dezember 2016

- Drucksachen 19/20 und 19/175 -

Ja

13.12.2017 Anpassungsverfahren § 11 des Abgeordnetengesetzes

Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP: Anpassungsverfahren gemäß § 11 Absatz 4 des Abgeordnetengesetzes

- Drucksache 19/236 -

Ja



Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

Duisburg erhält 56.510.416 Euro aus dem zweiten Kommunalinvestitionsprogramm des Bundes zur Schulsanierung

Duisburg, 30.08.17 - „Wir haben einen riesigen Sanierungsstau an unseren Schulen, mit dem wir als Bund die Kommunen nicht alleine lassen“, erklären die SPD-Bundestagsabgeordnete Bärbel Bas und Mahmut Özdemir. Die NRW-Landesregierung hat jetzt erste Zahlen zur Verteilung der Mittel aus dem 3,5 Milliarden Schulsanierungsprogramm vorgelegt und danach erhält Duisburg 56.510.416 Euro. Möglich werde die Unterstützung des Bundes durch eine Lockerung des Kooperationsverbots im Grundgesetz, die der Deutsche Bundestag im Juni beschlossen hat. „Auf diese Möglichkeit hat die SPD-Bundestagsfraktion lange gedrängt“, sagen Bas und Özdemir.

Förderfähig sind Investitionen für die Sanierung, den Umbau, die Erweiterung und in Ausnahmefällen auch den Ersatzneubau von Schulgebäuden. Dazu gehören auch Schulsportanlagen, Außenanlagen und Mensen, Arbeits- und Werkstätten sowie Labore. Das Investitionsprogramm des Bundes soll gezielt finanzschwache Kommunen unterstützen und Duisburg profitiert kräftig: „Wir haben es wieder geschafft, die übliche Mittelverteilung an die Bundesländer nach dem ‚Königsteiner Schlüssel‘ zu durchbrechen.“ Da sich in Nordrhein-Westfalen finanz- und strukturschwache Kommunen konzentrieren, fließen ganze 32,2 Prozent der Bundesfördermittel bzw. über 1,1 Milliarden Euro in unser Land.

„Wir haben im Bereich der Schulsanierung einen wichtigen ersten Schritt gemacht. Als SPD wollen wir den begonnenen Weg konsequent fortsetzen: Mit einer Nationalen Bildungsallianz für bessere Schulen und gebührenfreie Bildung, wie sie Martin Schulz zusammen mit den SPD-Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vorgestellt hat. Wir wollen das Kooperationsverbot vollständig abschaffen und bis 2021 mindestens 12 Milliarden Euro für bessere Schulen bereitstellen. Wenn wir konsequent handeln, kann Deutschland zum Bildungsland Nummer 1 in Europa werden“, so Bas und Özdemir.



Zeit für mehr Begegnung: Mahmut Özdemir und Sören Link spenden rote Bank an AWO



Oberbürgermeister Sören Link und MdB Mahmut Özdemir (Foto: privat)

Duisburg, 07.09.17 - Dem Aufstellen von roten Bänken als Ort der Begegnung für Demenzkranke hat sich ein gemeinsames Projekt aus Akteuren der Zivilgesellschaft in Duisburg verschrieben.

Aus dem Wunsch heraus, den Weg vom DRK-Seniorenzentrum „Haus am Sandberg“ bis zur Ladenstadt zu erleichtern und

Begegnungen zu fördern, wurde diese Idee ins Leben gerufen.

Die aufgestellten Bänke sind ganz bewusst rot angestrichen: Diese Farbe ist für die Älteren, an Demenz erkrankten Menschen, besonders gut sichtbar. Das Projekt wird gefördert mit Zuschüssen aus dem Bürger- und Quartierfonds Hochheide. Aber auch aus der Duisburger

Bürgerschaft haben sich mittlerweile Bürgerinnen und Bürger gefunden, die eine Bank spenden und somit das Projekt unterstützen möchten.

Auch Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten und der Oberbürgermeister Sören Link spenden eine rote Bank und übergaben diese am heutigen Tage an die AWO-Arkadenhof:

„An dieser Stelle möchten wir unseren herzlichen Dank an all diejenigen ausrichten, die dieses Projekt initiiert und es durch ihr bemerkenswertes Engagement zu so einem Erfolg geführt haben. Es erleichtert den Alltag der Bürgerinnen und Bürger und schafft Raum für die so wichtige gesellschaftliche Begegnung und Teilhabe. Mit unserer Spende möchten wir unseren kleinen Anteil leisten und wünschen dem Vorhaben für die Zukunft alles Gute!“, erklären Özdemir und Link.



Gesund im Mund: Mahmut Özdemir überreicht Zahnbürsten an die Kita Dieselstraße!

Duisburg, 08.09.17 - Der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, überreichte gestern den rund 100 Kindern der Kita Dieselstraße Zahnbürsten, Zahnpasta und Zahnputzbecher. Mit seiner Sachspende unterstützt Mahmut Özdemir das aktuelle Kita-Motto „Gesund im Mund“.

„Gerade unsere Kleinen müssen früh lernen, dass regelmäßiges Zähneputzen gesundheitlichen Beeinträchtigungen effektiv vorbeugen kann. Klar: Kein Kind putzt freiwillig seine Zähne – aber die Erzieherinnen und Erzieher der Kita Dieselstraße hier in Duisburg bringen den Kindern dieses wichtige Thema mit ihrer Aktion ‚Gesund im Mund‘ spielerisch näher. Dieses tolle Engagement möchte ich sehr gerne unterstützen und ich freue mich, dass ich mit der Übergabe von Zahnbürsten und Zahnpasta ei-



MdB Mahmut Özdemir mit Kita-Leiterin Eva Haasler und Kindern der Kita Dieselstraße (Foto: privat)

nen kleinen Beitrag dazu leisten kann“, erklärt Mahmut Özdemir.

Auch Eva Haasler, Leiterin der Kita Dieselstraße, und das Team messen der Zahngesundheit große Wichtigkeit bei: „Wir legen Wert darauf, dass unsere Kinder die Sauberkeit ihrer Zähne ernst nehmen. Mit den Zahnputzutensilien von Herrn Özdemir können die Kinder

diese Routine nun auch von der Kita mit nach Hause nehmen.“

Im Gegenzug überreichten die Kinder dem Abgeordneten ihr Dankeschön – einen Kuchen in Form eines Zahnes, den Mahmut Özdemir freudig in Empfang nahm: „Davon genehmigen wir uns alle gerne ein Stückchen. Aber hinterher Zähneputzen nicht vergessen!“

CDU schreibt Stahlstandort Deutschland ab – Schicksale Tausender Stahlarbeiter offen

Duisburg, 15.09.17 - Im Zuge der möglichen Fusion von thyssenkrupp steel und dem indischen Großkonzern Tata Steel erklärt Mahmut Özdemir, SPD-

Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten: „Die Verlautbarungen der NRW-CDU in Richtung thyssenkrupp steel sind eindeu-

tig: Getrieben von ihrer neoliberalen Denkweise treibt die Union mit ihrem Koalitionspartner die Fusion von thyssenkrupp steel



und dem indischen Großkonzern Tata Steel voran. Die Schicksale der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben dabei außen vor. Wenn die Union zynisch von einem möglichen Abbau von Personalüberkapazitäten spricht, meint das im Klartext, dass sich bald Familienväter und -mütter auf der Straße wiederfinden. Trotz wirtschaftswissenschaftlicher Scheinargumente, die die Union bei jeder Gelegenheit von sich gibt, sage ich ganz klar: Wir stehen zu unseren Duisburger Stahlkochern. Die SPD wird sich

auch in Zukunft unermüdlich für den Erhalt der Arbeitsplätze hier in Duisburg einsetzen. Dass eine Landesregierung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Stahlbereich so in den Rücken fällt, hat es noch nicht gegeben und die Bundeskanzlerin lässt ihren Parteikollegen und stellv. CDU-Bundesvorsitzenden gewähren – dabei fällt sie gleichzeitig den SPD-Ministern für Wirtschaft und Außen in den Rücken: Ein bemerkenswerter Vorgang an Teilnahmslosigkeit.“

Der Duisburger SPD-Landtagsabgeordnete für den Norden und Rheinberger Osten, Frank Börner, ergänzt: „Wir brauchen eine starke sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die hinter der deutschen Stahlindustrie und den mehr als 20.000 Stahlarbeitern in Duisburg steht, da die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW sich hiervon verabschiedet hat.“

Traditionsunternehmen fit für die Zukunft: Mahmut Özdemir besucht Grillo-Werke AG



V.l.n.r.: Dirk Böttcher, Mitglied des Vorstands, Mahmut Özdemir, MdB, Ulrich Grillo, Vorstandsvorsitzender, und Markus van Wesel, Projektverantwortlicher ZEP (Foto: privat)

Duisburg, 20.09.17 - Das Bundesumweltministerium fördert ein klimaschutzfreundliches Projekt der Grillo-Werke AG. MdB Mahmut Özdemir stattete dem Unternehmen einen Besuch ab und informierte sich über den innovativen Ansatz des Unternehmens.

Um den Klimaschutz in Deutschland voranzubringen, hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) in der letzten Legislaturperiode allein über 1.400 Projekte und Einzelmaßnahmen in NRW realisiert, die teilweise noch bis heute aktiv sind. Konkret wird



auch das im Duisburger Norden bei der Grillo-Werke AG verortete Projekt der „Herstellung von Strangpressprodukten aus Zinklegierungen“ unterstützt.

Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten, besuchte am heutigen Tage die Grillo-Werke AG und verschaffte sich einen persönlichen Eindruck von der Innova-

tionskraft des Duisburger Unternehmens:

„Das 1842 gegründete Unternehmen mit seinen ca. 1.600 Mitarbeitern schafft wichtige Facharbeitsplätze hier in Duisburg und ist ein führendes Beispiel dafür, wie das Ruhrgebiet im Allgemeinen und Duisburg im Speziellen die wirtschaftliche Transformation gestalten und meistern kann. Die Grillo-Werke

AG kombiniert dabei Tradition mit Zeitgeist. Ich freue mich, dass das BMUB mit seiner Förderung diesen Ansatz unterstützt“, erklärt Mahmut Özdemir.

Auf dem Plan des Besuchs standen eine Führung durch das Werk sowie ein ausführlicher Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Bas und Özdemir: „Wir stehen solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen der thyssenkrupp-Belegschaft.“

Duisburg, 20.09.17 - „Wir stehen solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen bei thyssenkrupp und unterstützen die Forderungen des Betriebsrates. Eine Fusion mit Tata sehen wir sehr kritisch. Deshalb werden wir am Freitag gemeinsam mit den Duisburger Belegschaften zur Großkundgebung der IG Metall nach Bochum fahren und auch dort unsere Solidarität zeigen“, erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Heute Morgen hatte der thyssenkrupp-Vorstandsvorsitzende, Heinrich Hiesinger, die beiden Abgeordneten informiert,

dass es eine grundsätzliche Einigung von thyssenkrupp und Tata Steel über einen Zusammenschluss der Europäischen Stahlaktivitäten gäbe. In Duisburg stehen damit mehr als 14.000 Kolleginnen und Kollegen und ihre Familien vor einer unsicheren Zukunft. Bärbel Bas und Mahmut Özdemir betonen: „Diese Absichtserklärung ist ein alarmierender Schritt. Aber Herr Hiesinger braucht für die Umsetzung der Fusion die Zustimmung des Aufsichtsrates. Die Arbeitnehmervertreter fordern völlig zu Recht Garantien für die Beschäftigten. Die Mitbestimmung hat unsere heimische Stahlindustrie immer stark gemacht, das muss auch weiter

gelten. Die Managementfehler in Amerika dürfen nicht zu Lasten der Belegschaft in Duisburg gehen.“

Bas und Özdemir: „Wir kämpfen als SPD auf allen politischen Ebenen für den Erhalt unserer heimischen Stahlindustrie. Der Stahlstandort Duisburg gehört zu den modernsten und effizientesten in Europa, die Belegschaften leisten hervorragende Arbeit. Wir brauchen jetzt Standort- und Beschäftigungssicherung sowie zukunftssichernde Investitionen. Dann gilt auch weiterhin: Stahl ist Zukunft.“



Bas und Özdemir: „Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt unsere heimische Stahlindustrie.“

Duisburg, 24.10.17 - „Die SPD-Bundestagsfraktion beginnt schon jetzt die parlamentarische Arbeit und setzt die ersten Themen im Deutschen Bundestag. Neben Anträgen gegen die Aufweichung des Mindestlohns und für ein Verbot der Grünen Gentechnik haben wir heute einen für Duisburg wichtigen Antrag zur Rettung unserer Stahlstandorte beschlossen“, erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Der Antrag „Stahlstandorte in Deutschland erhalten, Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte sichern“ soll in der nächsten Sitzungswoche in die parlamentarischen Beratungen einge-

bracht werden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert u.a., dass bei einer Fusion von thyssenkrupp und Tata Steel Arbeitsplätze, Arbeitnehmerrechte und Standorte erhalten bleiben und sich die Bundesregierung auch zukünftig für die Stahlindustrie einsetzt. Bas und Özdemir betonen: „Wir haben das Thema Stahl in Berlin immer wieder auf die Agenda gesetzt und diese Fusion betrifft die Zukunft der gesamten Stahlproduktion in Deutschland. Deshalb muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Unternehmenssitz von thyssenkrupp nicht ins Ausland verlagert wird. Wir können weder auf die erfolgreichen deutschen Mitbestimmungsregeln noch auf die Steuereinnahmen verzichten.“

Bas und Özdemir: „Mit dem Antrag stellt die SPD wieder einmal unter Beweis, dass sie auf allen politischen Ebenen für den Erhalt unserer heimischen Stahlindustrie kämpft und fest an der Seite der Belegschaften steht. Duisburg muss Stahlstandort Nummer 1 bleiben, unser Standort gehört zu den modernsten und effizientesten in Europa.“

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie hier: http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/antrag_stahlstandorte_in_deutschland_erhalten_arbeitsplaetze_und_arbeitnehmerrechte_sichern_23102017.pdf.

Duisburg: Alte Gärtnerei macht Platz für Familienquartier

Duisburg, 09.11.17 - Die Duisburger Gebag hat ein 5.400 Quadratmeter großes Grundstück an der Prinzenstraße verkauft / Bonava plant hier den Bau von 21 Häusern am Parkfriedhof / Die Gebag selbst errichtet sechs Mieteinfamilienhäuser und ein Mehrfamilienhaus

2015 hat die Gebag, eine 100-prozentige Tochter der Stadt Duisburg, das ehemalige Gärtnereigrundstück von den Duisburger Wirtschaftsbetrieben angekauft, ursprünglich um hier Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlingsfamilien zu schaffen. Ein Konzept, das letztendlich durch den geringer werdenden Flüchtlingsstrom nicht mehr

umgesetzt wurde. Jetzt hat die Gebag einen rund 5.400 Quadratmeter großen Teil des Grundstücks an den deutsch-schwedischen Projektentwickler Bonava verkauft. Der Kaufvertrag wurde Ende Oktober unterschrieben.

Bonava will auf der Fläche am Parkfriedhof bis Ende 2019 ein



neues Wohnquartier mit insgesamt 18 Doppelhaushälften und drei Reihenhäuser bauen. Die Reihen- und Doppelhäuser werden vier oder fünf Zimmer und je nach Variante zwischen 155 und 185 Quadratmeter Wohnfläche inklusive Kellergeschoss bieten. Die Grundstücke samt Garten, Garage und PKW-Stellplatz variieren zwischen 191 und 344 Quadratmetern. Das Grundstück ist bereits weitgehend erschlossen, so dass die Bauarbeiten voraussichtlich im Frühjahr 2018 starten können. Der Verkauf der ersten Häuser wird unterdessen bereits am 19. November anlaufen. Bis dahin werden auch die letzten Detailplanungen abgeschlossen sein.

„Wir wollen hier ein bezahlbares Zuhause für junge Familien schaffen. Abhängig von den Witterungsbedingungen und der Vorlage der Baugenehmigung soll bereits im Frühjahr der erste Spatenstich gesetzt werden. Die ersten Familien werden dann Anfang 2019 in ihrem neuen Zuhause feiern können“, sagt Bonava-Regionsleiter Thomas Haucke.

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden, Mahmut Özdemir, zeigt sich erfreut über das Projekt: „Familien stehen oft vor dem großen Problem, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Daher



Foto v.l.n.r.: Uwe Rohde, Geschäftsfeld Flächenentwicklung Gebag, Hans-Gerd Bosch, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl, Mahmut Özdemir, MdB, Bernd Wortmeyer, Geschäftsführer Gebag, Thomas Haucke, Regionsleiter Rhein-Ruhr Bonava, und Roger Baumgart, Projektleiter Entwicklung Rhein-Ruhr Bonava (Foto: privat)

freue ich mich ganz besonders, dass durch die konstruktive Zusammenarbeit aller Akteure hier ein modernes Wohnquartier entsteht. Dieser eingeschlagene Weg muss nun konsequent vorangeschritten werden – für mehr bezahlbaren Wohnraum und ein familienfreundliches Duisburg.“

Die Gebag selbst plant auf einem verbleibenden rund 1.500 Quadratmeter großen Grundstück an der Prinzenstraße den Bau von sechs Mieteinfamilienhäusern mit je 6 Zimmern auf 127 Quadratmetern. „Wir behalten die Gebäude in unserem Wohnungsbestand“, erklärt Gebag-Geschäftsführer Bernd Wortmeyer. „Die Gebäude sind öffentlich gefördert und deswegen für Mieter mit einem geringeren Einkommen zu einem

Mietpreis von 5,25 Euro zu haben. Die Gebäude richten sich vor allem an kinderreiche Familien.“

Die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft investiert an diesem Standort insgesamt rund 1,6 Millionen Euro. Die Fertigstellung ist für April 2018 geplant.

Gleich um die Ecke, in der Charlottenstraße 92 wird die Gebag in der ersten Jahreshälfte 2018 damit beginnen, eine Baulücke zu schließen. Hier wird ein Achtfamilienhaus errichtet mit Wohnungsgrößen zwischen rund 62 und 96 Quadratmetern bei 2,5 bis 4,5 Zimmern. Auch dieses Gebäude wird öffentlich gefördert sein. Mit der Fertigstellung rechnet die Gebag in der ersten Jahreshälfte 2019.



Sozialdemokraten richten Festakt für Jubilare aus



Foto v.l.n.r.: Hans-Gerd Bosch, Dietrich Schoch, Timo Tegtmeier, Helga Krämer, Frieda Jessulat, Udo Vohl, Hans-Joachim Paschmann, Mahmut Özdemir, MdB (Foto: privat)

Duisburg, 16.11.2017 - Die SPD in Homberg/Ruhrort/Baerl ehrt langjährige Mitglieder und vergibt zum zweiten Mal eine besondere Würde.

Die SPD Ortsvereine aus Homberg, Ruhrort und Baerl luden in den AWO-Treff Hochheide ein für den gemeinsamen Festakt zu Ehren der Jubilare, die 25, 40 und 50 Jahre der Partei angehören.

Für die diesjährige Ehrung der verdienten Jubilare luden sie den heimatverbundenen Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir ein. Özdemir betonte, dass es die SPD schon vor der Gründung des Kaiserreiches als Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gab und dass die Sozialdemokraten seit 154 Jahren mit den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Antworten auf die Fragen der Zeit gefunden haben.

„Entlang des Wegesrandes der Geschichte haben die Gründerinnen und Gründer der Partei, aber auch die Genossinnen und Genossen in der Folgezeit, mit Schmerz, Entbehrungen und gerade unter dem nationalsozialistischen Regime viel Blutzoll gezahlt, damit dieses Land heute in Frieden und Wohlstand in einem Europa der Freunde leben kann. Das sollte uns stets mahnen aufrecht Haltung zu wahren auch und gerade in schwierigen Zeiten.“, so Özdemir im Kreise der Jubilare.

Unter den Jubilaren besonders hervorgehoben haben die Ortsvereine Helga Krämer aus Ruhrort und Dietrich Schoch aus Homberg. Helga Krämer (82) gehört der SPD Ruhrort seit 40 Jahren an und ist Ansprechpartnerin und Zuhörerin in Ruhrort. Beim morgendlichen Kaffee in der Bäckerei hört sie den Menschen zu und gibt der Ortspolitik wichtige Hinweise, „wo der

Schuh im Stadtteil drückt“. Als überzeugtes Gewerkschaftsmitglied hält sie es für eine Selbstverständlichkeit, dass Partei und Gewerkschaft eng miteinander arbeiten. Stolz trägt sie ihr Parteibuch bei der Veranstaltung und zeigt auch gerne die dort enthaltene Widmung von Franz Müntefering zu ihrem letzten Jubiläum, der damals Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion war. Auch Özdemir durfte als diesjähriger Laudator sich verewigen.

Kein Unbekannter in der Stadtpolitik ist Dietrich Schoch (74). Er war Regierungsdirektor und ist nunmehr Pensionär. Er arbeitet emsig an der Kommentierung des Sozialgesetzbuches und ist Autor in einem unentbehrlichen Standardwerk.

„Dietrich Schoch, ist ein stets höflicher zurückhaltender Mensch, der genau weiß wo er steht und stehen will. Er kämpfte als Ombudsmann für diejenigen, die ihr Recht nicht kannten oder nicht durchzusetzen wussten. Er hat unerreichbare Maßstäbe gesetzt bei der Schlichtung, wusste aber auch Ungerechtigkeiten zu beseitigen auch wenn es unangenehme Folgen für ihn nach sich zog. Ein Mensch, der sich vor die Menschen stellte, die in Not waren“, würdigten die Sozialdemokraten ihren Genossen für 50-jährige Mitgliedschaft.



Eine abschließende Überraschung aller Anwesenden und insbesondere der zu ehrenden Frieda Jessulat (86) gelang der SPD Homberg mit der besonderen Würde der Willy-Brandt-Gedenkmedaille. Auf Vorschlag von Hans-Joachim Paschmann, Ehrenvorsitzender der SPD Homberg, und Heinz-Dieter Horch, Vorsitzender der sozialdemokratischen Senioren, wurde vom SPD-Parteivorstand in Berlin der besondere Ehrenbrief mit der Medaille, auf der

Bundeskanzler Willy Brandt verewigt ist, für Frieda Jessulat angefordert. Der Brief traf persönlich unterschrieben frisch zur Veranstaltung ein.

„Mit dieser besonderen Würde ehren wir eine Genossin, die jedem Wahlkampf eine besondere Note aufdrückt. Die ihren Nachbarn, die schlecht Deutsch sprechen, bei Verwaltungsbehörden hilft. Sie ist eine Streiterin für die Demokratie, wenn sie Menschen animiert ihr Wahl-

recht überhaupt wahrzunehmen. Sie ist unsere Zeitzeugin und eine Kämpferin für die Rechte der Frauen. Die Mutter und Großmutter hat mit ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Einfühlsamkeit Maßstäbe gesetzt. Ihren Einsatz zu würdigen gelingt uns daher mit dieser besonderen Auszeichnung, die wir als SPD Homberg erst zum zweiten Mal vergeben, in einem bescheidenen aber aufrichtigen Maße“, so Ehrenvorsitzender Paschmann.

SPD-Fraktion im Dialog – MdB Mahmut Özdemir: „Wir wollen vor Ort präsent sein und zuhören!“

Duisburg, 18.11.17 - Die SPD-Bundestagsfraktion will inhaltlich wieder stärker auf die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger eingehen. Zum Auftakt führen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine bundesweite Aktionswoche unter dem Motto „SPD-Fraktion im Dialog“ durch. Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten, ist am 18. November 2017 in Duisburg-Röttgersbach unterwegs gewesen.

„Wenn Politik einen Teil der Bevölkerung nicht mehr erreicht, dann müssen wir überlegen, wie

wir das ändern können“, so Özdemir. „Die Menschen erwarten Antworten auf ihre konkreten Anliegen und eine Zukunft in Sicherheit und Wohlstand. Um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, müssen wir den direkten Austausch suchen und wieder mehr miteinander sprechen.“

Im Rahmen der Aktionswoche haben Mahmut Özdemir und seine Genossinnen und Genossen am Infostand und vor den Haustüren in Duisburg-Röttgersbach das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern gesucht. Özdemir sei es wichtig,

nicht nur vor Wahlen Präsenz im Quartier zu zeigen: „Ich möchte jederzeit für die Menschen in Duisburg ansprechbar sein, um ihre Anregungen mit nach Berlin nehmen zu können.“

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die von Fraktionschefin Andrea Nahles ins Leben gerufene Aktionswoche nur der Anfang. Auch im Internet unter www.spdfraktion.de/dialog können Vorschläge gemacht werden, wofür sich die SPD-Abgeordneten im Bundestag zukünftig einsetzen sollen.



Vorlesetag 2017: MdB Mahmut Özdemir liest für Kindergartenkinder der Kindertagesstätte „In den Haesen“



Mahmut Özdemir, MdB mit Kindern der KiTa „In den Haesen“ (Foto: privat)

Duisburg, 18.11.17 - Bereits zum 14. Mal riefen DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung zur Teilnahme am bundesweiten Vorlesetag auf. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten,

Mahmut Özdemir, hat sich erneut am Aktionstag beteiligt.

In diesem Jahr war Mahmut Özdemir als Vorleser in der Kindertagesstätte „In den Haesen“ unterwegs und hat für die kleinen Zuhörer aus dem Kinderbuch „Steinsuppe“ vorgelesen.

„Im digitalen Zeitalter des Fernsehens und des Internets ist es für die zukünftige Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ebenso wichtig, frühzeitig und spielerisch die Lust am Lesen vermittelt zu bekommen“, so Özdemir. „Der bundesweite Vorlesetag ist eine tolle Aktion, um genau das bei den Jüngsten unter uns zu erreichen. Und jede Menge Spaß macht das Vorlesen natürlich auch!“

Die Kinder lauschten sichtlich gespannt den vorgelesenen Geschichten des Abgeordneten, die sich inhaltlich beide mit der Reise eines hungrigen Wolfes beschäftigten. Besonders freute sich Özdemir über das Buch, das die KiTa ihm anschließend geschenkt hatte.

Nun ist es offiziell: Auf dem Platz an der Kronenstraße in Duisburg-Hochheide darf wieder gebolzt werden

Duisburg, 24.11.17 - Am Freitag, den 24.11.17 hat der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, gemeinsam mit Lokalpolitikern, Vertretern der Stadt und den

Wirtschaftsbetrieben den erneuerten Bolzplatz an der Kronenstraße in Duisburg-Hochheide offiziell eingeweiht.

„Sportliche Betätigung – gerade für Kinder und Jugendliche –

bringt nicht nur Spaß, sondern sorgt auch für ein gutes gesellschaftliches Miteinander. Daher freue ich mich besonders, dass der Bolzplatz in Hochheide wieder einsatzbereit ist“, so Mahmut Özdemir. Im Zuge der



Arbeiten hat der beliebte Kicker-Platz eine neue Rasentrag-schicht und einen schall-dämpften Ballfangzaun sowie neue Tore, Entwässerungseinrichtungen, Sitzgelegenheiten und verbesserte Zugänge erhalten.

„Der Bolzplatz Kronenstraße ist eines der vielen guten Ergebnisse der seit Jahren herausragend guten Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und den Wirtschaftsbetrieben bei der Planung, Sanierung und Neuausstattung von Spielplätzen“, freut sich Jugenddezernent Thomas Krützberg. „Wir werden bei diesem Thema im

Sinne des Wortes ‚am Ball bleiben‘ und auch in den nächsten Jahren in diesem Bereich zusammen mit den Wirtschaftsbetrieben weitere Akzente setzen.“

Auch der Homberger Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Paschmann und der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bezirksvertretung Homberg / Ruhrort / Baerl Hans-Gerd Bosch stimmen zu: „Die abgeschlossene Sanierung ist eine wichtige Maßnahme für die Sport- und Jugendförderung im Duisburger Westen.“

Durchgeführt wurde die Sanierung von den Wirtschaftsbetrie-

ben Duisburg. Die Sanierungskosten in Höhe von 60.000 Euro stammen aus dem Förderprogramm „Quartiersentwicklung“ des NRW-Verkehrsministeriums.

Reinhold Adrian, Geschäftsbereichsleiter Grün der Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR, bekräftigt: „Wir freuen uns, dass wir den Bolzplatz aus dem Förderprogramm des Ministeriums finanziert bekommen haben. Dank dieser Unterstützung wird der Bolzplatz zukünftig eine schöne Anlaufstelle für Kinder sein, die sich hier austoben können.“

Geschädigtes Vertrauen zwischen „Ankündigungsminister“ Pinkwart und IG Metall führt zu krachendem Scheitern des Stahlgipfels

Duisburg, 14.12.17 - Die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir verfolgen mit Sorge die jüngsten Entscheidungen der schwarz-gelben NRW-Landesregierung zur geplanten Fusionierung von thyssenkrupp Steel und Tata Steel. NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) sagte den für kommenden Montag (18.12.) geplanten Stahlgipfel gestern kurzfristig ab, nachdem über Knut Giesler, IG Metall Bezirksleiter NRW, ein Fernbleiben der

Gewerkschaft von den Gesprächen öffentlich bekanntgegeben wurde.

„Eine enge Abstimmung und Solidarität mit den Gewerkschaften sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sieht anders aus. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat nur auf den Schulterchluss mit den Konzernspitzen gesetzt und dafür jetzt die Quittung kassiert. Das drängende Thema der Fusion der beiden stahlproduzierenden Unternehmen thyssenkrupp Steel

und Tata Steel auf der Tagesordnung des so genannten Stahlgipfels auszusparen und sich hinter der unternehmerischen Entscheidung zu verstecken, war provokativ und verantwortungslos. Der Boykott der IG Metall war der einzig richtige Schritt, hier auf die dramatische Entwicklung aufmerksam zu machen. Minister Andreas Pinkwart hat mit seinen fusionsfreundlichen Aussagen im Vorfeld die Sorgen der Belegschaft gänzlich ignoriert und somit das



Scheitern des Gipfels selbst verursacht“, erklären Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

„Wir stehen selbstverständlich auch weiterhin an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und möchten schnellstmöglich Antworten auf drängende Fragen zur Zukunft der

Standorte und der Arbeitsplätze“, so Bas und Özdemir weiter. „Dazu ist ein Zusammenspiel von Bundes- und Landespolitik sowie den Gewerkschaften notwendig, denn viele aktuelle Themen – wie die Debatte um CO2-Zertifikate, Billigstahl auf den Weltmärkten und Klima-

schutz – treffen die Stahlindustrie mit aller Härte. Wir fordern die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, sich endlich auf dem Boden der Tatsachen an die Seite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stellen und den betroffenen Menschen sowie ihren Familien eine sichere Zukunft aufzuzeigen.“

Özdemir on Tour

Eindrücke aus den Terminen des Abgeordneten Mahmut Özdemir, MdB



29.08.2017

Der Mahmut-Özdemir-Doppelgänger mit Helferinnen und Helfern vor dem Allwetterbad in Walsum.



01.09.2017

Empfang zur Verabschiedung des Bezirksschornsteinfegers Manfred Flore (rechts) im Duisburger Rathaus.



03.09.2017

Mahmut Özdemir, MdB in Aktion beim Hafenfest des Homberger Ruderklub Germania.



04.09.2017

Mahmut Özdemir, MdB zusammen mit seinem SPD-Bundestagskollegen Arno Klare, MdB und den Vertretern von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Austausch zum Thema Luftsicherheit in Deutschland.

Foto v.l.n.r.: Arno Klare, MdB, Sven Hüber, GdP, Mahmut Özdemir, MdB und Arnd Krummen, GdP

05.09.2017

Thomas Helf, BKA-Beamter und Vorsitzender des örtlichen Personalrats Berlin, und Mahmut Özdemir, MdB im Gespräch über die organisatorischen und beamtenrechtlichen Herausforderungen im BKA.





06.09.2017

Mahmut Özdemir, MdB zu Gast bei Studio 47.

07.09.2017

Wahlkampf der SPD: MdB Mahmut Özdemir auf Hausbesuchen im Wahlbezirk mit Nils Szymanski (links) und Muhammet Keteci (Mitte).



10.09.2017

VLog-Drehtag am Hafen in Duisburg-Ruhrort.



11.09.2017

Zu Besuch im Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir, MdB waren Vertreter der IHG, um über ihre erfolgreichen Tarifverhandlungen im Mai zu berichten.



12.09.2017

Mahmut Özdemir, MdB mit Genossen bei einer Kindergarten- und Grundschulverteilaktion in Aldenrade.

14.09.2017

Mahmut Özdemir, MdB verteilt Flyer mit den Duisburger Jusos vor dem Robert-Bosch-Berufskolleg.





15.09.2017

Moderator Erik Mayer von der ZDF Kindersendung PUR+ hat Mahmut Özdemir, MdB einen Tag lang im Wahlkampf begleitet.



21.09.2017

Mahmut Özdemir, MdB mit Oberbürgermeister Sören Link bei einer Frühverteilkaktion bei den Wirtschaftsbetrieben Duisburg.

22.09.2017

Gemeinsam protestieren die SPD Duisburg, die NRWSPD und die Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten mit der thyssenkrupp Belegschaft in Bochum für den Erhalt der heimischen Stahlindustrie.

Foto: Mahmut Özdemir, MdB und Bärbel Bas, MdB





24.09.2017

Mit Spannung erwarten die Duisburger SPD-Bundestagskandidaten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir das Wahlergebnis am Tag der Bundestagswahl im Duisburger Rathaus.

07.10.2017

Mahmut Özdemir, MdB beim 30-jährigen Jubiläum des ADFC in der Duisburger Stadtbibliothek.



09.10.2017

Mahmut Özdemir, MdB bei der Ehrung der Jubilare des SPD Ortsvereins Großenbaum/Rahm.



19.10.2017

Mahmut Özdemir, MdB mit SPD-Fraktionschef in der Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl, Hans-Gerd Bosch, bei der Eröffnung des EDEKA Daniels in Duisburg-Baerl.



21.10.2017

Mahmut Özdemir, MdB bei der 50-Jahre-AWO-Jubiläumsfeier in Duisburg Hochheide.

11.11.2017

Helau aus Homberg von Mahmut Özdemir, MdB bei der Verleihung des Sessionsordens der Narrenzunft mit freundlicher Unterstützung von den Karnevalisten aus Serm.



17.11.2017

Mahmut Özdemir, MdB und Horst Niewrzol, Fachschaftsleiter Radsport des Stadtportbundes Duisburg e.V. (l.), bei der Auszeichnung von Ultracycler Pierre Bischoff (Mitte) zum Sportler des Jahres 2017.



Mahmut Özdemir, MdB im Dezember 2017 mit seinen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BPA-Fahrt auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude.

Politische Bildungsfahrt nach Berlin im November/Dezember 2017

von Marcel Keilwerth, persönlicher Referent im Duisburger Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir, MdB

Mehrmals im Jahr erhalten Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit, politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus ihrem Wahlkreis einen Einblick in ihre Arbeit im Bundestag zu geben.

Es war die für dieses Jahr letzte politische Bildungsfahrt von Mahmut Özdemir, MdB nach Berlin. Auch diesmal haben sich wieder 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Duisburg gemeinsam mit mir auf den Weg in unsere politische Hauptstadt gemacht. Und nicht nur das Wetter hat sich vom 29. November – 02. Dezember 2017 von seiner besten Seite gezeigt, auch das Programm hatte wieder einiges zu bieten:

Auf den Spuren des Bundeskanzlers Willy Brandt begannen die ersten Tage in Berlin. Direkt nach der Ankunft ging es mit einer Führung und einer angeregten Diskussionsrunde auf einen Besuch in die SPD Parteizentrale, das Willy Brandt Haus. Dann hieß es zunächst einchecken im Hotel und gemütlich zu Abend essen, bevor der Folgetag uns in die Willy-Brandt-Stiftung unter den Linden führte, die übrigens 1994 als Andenken für den Einsatz des Kanzlers für

Frieden und die Deutsche Einheit vom Deutschen Bundestag ins Leben gerufen wurde. Am selben Tag konnten die Besucherinnen und Besucher dann noch einen interessanten Einblick in die Arbeitsweise und das Interieur des Bundesministeriums des Innern und des Bundeskanzleramts gewinnen. Und auch die obligatorische Berliner Stadtrundfahrt durfte natürlich nicht fehlen.



Am Freitag stand dann der Besuch im Plenarsaal des Deutschen Bundetages für die Gruppe auf dem Programm. Bei der anschließenden Diskussion mit ihrem Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir gab es viele Fragen zur aktuellen Regierungsbildung und der Lage der SPD zu beantworten.

Das Gruppenfoto und der Aufstieg zur Reichstagskuppel mit Blick über das weihnachtliche Berlin bildete dann das sehenswürdige Ende des vorletzten Reisetages.

Der Samstag hielt dann noch einen Besuch der Ständigen Ausstellung im Deutschen Historischen Museum bereit, bevor es – ausgestattet mit Lunchpaketen – vom Berliner Hauptbahnhof wieder in Richtung Duisburg ging.

Stimmen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Über die Besuche des Kanzleramtes und des Bundestages zeigten sich insbesondere Ilse

und Horst Jendrossek aus Duisburg erfreut. Sie lobten zudem die gute Organisation der Fahrt.

Die Duisburger Ingeborg und Gerd Schlösser schließen sich an: „Wir danken Herrn Özdemir für die Einladung zur politischen Bildungsfahrt. Wir haben durch diese Fahrt einige Informationen erhalten, die wir bisher nur oberflächlich wussten. Im Gespräch mit Herrn Özdemir im Bundestag waren wir von seiner Redegewandtheit überrascht. Es hat uns gut gefallen!“